

Kommentare

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **65 (1985)**

Heft 2

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Brief aus Bonn

Die politische Landschaft verändert sich

Die Bundesrepublik tritt nach 35 Jahren in eine neue, möglicherweise un-stetigere Phase ihrer Geschichte ein. Ein äusseres Indiz dafür liegt darin, dass den bevorstehenden Landtags-wahlen in Berlin und Saarland (beide am 10. März 1985) und Nordrhein-Westfalen (12. Mai 1985) schon im Vorblick eine unverhältnismässig grosse Bedeutung zugeschrieben wird. Angesichts der Veränderungen in der Parteienlandschaft nach der Etablie-rung der Grünen in sechs Landtagen und im Bundestag werden Parteien-wahl und Stimmabgabe für den Bür-ger, Regierungsbildung und Regie-rungstätigkeit für die Politiker sich schwieriger als bisher gestalten. Die gewohnte Übersichtlichkeit der innen-politischen Verhältnisse ist rissig ge-worden. Aus diesem Grund wird auch früher als sonst, schon mitten in der Legislaturperiode, über die möglichen Parteienkonfigurationen bei der näch-ten Bundestagswahl im Frühjahr 1987 diskutiert und spekuliert – ähn-lich wie in Frankreich, wo in einer angesichts der verfassungsmässigen Stellung der Präsidenten der Republik politisch viel heikleren Konstellation schon seit Monaten unaufhörlich über Chancen und Risiken für die Wahlen zur Nationalversammlung 1986 de-battiert wird.

Die deutschen Landtagswahlen der nächsten Monate werden auch darum

so wichtig genommen, weil von ihnen Signalwirkungen für 1987 erwartet werden; ausserdem sind Auswirkun-gen auf die Bundespolitik möglich, falls die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat sich ändern; das gilt um so mehr, als die Länderkammer in den letzten Jahren ein gestärktes Selbst-gefühl entwickelt und mehr Einfluss auf die Regierungsarbeit genommen hat, als man es seit langem gewohnt war.

In dieser Situation stellt sich die drängende Frage, ob es der poli-tischen Klasse der Bundesrepublik ge-lingen wird, die bislang instinktiv be-wahrte und internalisierte Tradition der Stetigkeit zu erhalten oder ob de-stabilisierende Entwicklungen gröesse-ren Ausmasses zu befürchten sind. Anders gewendet: Welchen Stellen-wert haben die in die Augen fallenden Veränderungen im politischen Konti-nuum? Signalisiert die bisherige Un-fähigkeit der Grünen, politisch zu denken und politische Verantwortung zu übernehmen, eine allgemeine Ver-unsicherung der Bevölkerung und ein hilfloses Wunschdenken im Hinblick auf die neuen Herausforderungen der Technik, der Umwelt und der atoma-ren Bedrohung? Oder handelt es sich bei dieser Verunsicherung nur um ein Erschrecken der Deutschen über die Radikalität der Forderungen, mit der sie nicht recht umzugehen wissen und

auf die sie oft mit Übertreibung reagieren. Die Frage bleibt gegenwärtig unbeantwortet.

35 Jahre Stabilität

Die politische Kultur der Bundesrepublik war bisher durch Stabilität, Zuverlässigkeit und Einvernehmlichkeit gekennzeichnet. Das Ausland zeigte sich schon seit Anfang der fünfziger Jahre erstaunt und angenehm berührt, dass die Deutschen, die bad boys der ersten Jahrhunderthälfte, sich als vorbildliche Partner in den europäischen und atlantischen Gemeinschaften darstellten. Massgeblich dafür war

- die objektive politische Lage: die westlichen Alliierten vermieden es, die Fehler des Straffriedens von 1919 zu wiederholen;
- die Figur des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer, dem es gelang, der Bundesrepublik den Ruf der Verlässlichkeit, Vernünftigkeit und des aufgeklärten Selbstinteresses zu erwerben;
- und das Wirtschaftswunder, das, weil so plötzlich und unerwartet, als Ausweis eines deutschen Gesinnungswandels – weg vom Machtstreben, hin zu Wirtschaft und Konsum – gedeutet wurde.

Bis heute werden drei Besonderheiten des politischen Lebens der Bundesrepublik als spezifisch deutsch und nachahmenswert begriffen:

- das kooperative Verhältnis von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften, das Minister Schiller als «konzertierte Aktion» zeitweise insti-

tutionalisierte. Dieses harmonische Zusammenwirken der Wirtschaftspartner und der Behörden hat das kontinuierliche Wirtschaftswachstum und die stetig verbesserte soziale Sicherung dank origineller Lösungsmodelle (Mitbestimmung) bei einem Minimum an Reibungsverlusten (Streiks) gewährleistet;

- der dreigliedrige föderative Regierungs- und Verwaltungsaufbau, der die Entfaltung der unterschiedlichen und widersprüchlichen Kräfte begünstigt und die regionalen und gesellschaftlichen Interessengegensätze optimal ausgleicht;
- schliesslich die klaren Parteienverhältnisse, die zweckmässigen Wahlordnungen, die stabile und handlungsfähige Regierungen hervorgebracht haben.

Insbesondere die Fünf-Prozent-Klausel wurde als ingeniöses Instrument hervorgehoben, das die Entstehung von Splitterparteien (in der Weimarer Republik konkurrierten zu Zeiten 32 Parteien) unmöglich machte. Allerdings muss für eine endgültige Urteilsbildung, worauf Hamburgs Bürgermeister von Dohnany kürzlich aufmerksam machte, mitbedacht werden, dass die Entstehung der Grünen eine Folge der Fünf-Prozent-Begrenzung ist: Die vielfältigen Kleinstgruppen – von konservativen Naturschützern und evangelischen Friedensfreunden bis zu Marxisten und anarchistischen Chaoten – sind erst durch den Druck der Wahlregel zu einer Partei zusammengezwungen worden. Wenn diese Gegensätze nunmehr auch intern ausgetragen werden und möglicherweise sogar zur Spal-

tung führen, so hat doch das bloss gemeinsame Auftreten, die dadurch erzwungene Disziplin und nicht zuletzt der ihren Abgeordneten eröffnete Zugriff auf öffentliche Mittel, die «Staatsknete», positive Konsequenzen für die Konsolidierung der neuen Partei.

Insgesamt betrachtet ergab sich in der Bundesrepublik eine äusserst glückliche Parteien-Verteilung, an deren Grundstruktur sich bis zum Auftreten der Grünen nichts verändert hat: Keine erfolgreichen Spaltungen, keine erfolgreichen Neugründungen. Von Anfang an und bis heute polarisierten sich die politischen Kräfte in den beiden grossen Parteien, Union und SPD; sie haben das staatliche Geschehen weitgehend bestimmt. Diese Polarisierung ergab klare Mehrheiten, klare Fronten, klare Koalitionen – auf seiten der Regierung wie der Opposition, in Bonn und in den Bundesländern. Die vielen kleineren Parteien verloren im Laufe der Jahrzehnte ihr Wählerpotential an die Grossen, die deren Interessen besser wahrzunehmen vermochten (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten BHE, Deutsche Partei); sie wurden als undemokratisch und verfassungswidrig verboten (Sozialistische Reichspartei SRP; KPD); sie wurden obsolet und lösten sich von selbst auf (so die kleinen Abspaltungen oder Aktionsgruppen von der CDU (Bund Freies Deutschland), der SPD (Sozialdemokratische Union) und der FDP (Liberale Demokraten). Dass es seit Gründung der Republik eine ernsthafte radikale linke Opposition nicht gibt, hat die Deutschen an eine in der Ordnung der Demokratie eigentlich nicht vorgesehene Parteien-

harmonie gewöhnt, die sie schon bei mittleren Herausforderungen (längere Streiks, Nachrüstung) in disproportio-nelle Angst und Aufregung versetzt.

Ungeliebte FDP

Das Parteiensystem folgte also einer unaufhaltsamen Tendenz zur Konzentration, freilich nicht zur angelsächsischen Zwei-Parteien-Ordnung, die auf dem Personal- und Mehrheitswahlrecht beruht, sondern zu einer Parteientrias mit der FDP, die, wenn nicht als Zünglein an der Waage, so doch – was im Ergebnis auf das Gleiche hinausläuft – als «Mehrheitsbeschafferin» fungierte. Der – im Verhältnis zu ihrer Grösse – übermässige Einfluss auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse («Es ist unmöglich, von der FDP nicht regiert zu sein») ist von manchen beklagt, verurteilt und angegriffen worden. Mehrere Bundeskanzler haben versucht, den Liberalen – denen Treitschke vor hundert Jahren noch attestierte, dass «alles Neue, was das 19. Jahrhundert geschaffen hat, ihr Werk» sei – den Garas zu machen. Adenauer unternahm es, sie zu spalten; Kiesinger wollte sie mit Hilfe einer Wahlrechtsreform, die «klare Mehrheiten ermöglicht», aus dem Bundestag «herauskatapultieren»; Helmut Schmidt schliesslich hat mit dem Verrats- und Treulosigkeitsvorwurf an seinen Koalitionspartner Genscher im Zusammenhang mit der «Wende» das Bild der FDP, dem gegenwärtigen Stand nach zu urteilen, am nachhaltigsten und bis zur Überlebensgefährdung beschädigt. Nicht zu übersehen ist bei alledem, dass die

FDP bisher doch durch Kompetenz, Originalität und Eigenwilligkeit mancher ihrer Führer (von Heuss über Dehler bis Graf Lambsdorff) der deutschen Politik nicht nur Charakter und Buntheit gegeben, sondern auch stabile Regierungsarbeit in Bund, Ländern und Gemeinden ermöglicht hat.

Eine Grundvoraussetzung der parlamentarischen Demokratie besteht in der Koalitionsfähigkeit aller Parteien, möglichst mit allen Parteien. Das ist natürlich nicht überall die Regel. Systemveränderer und Gegner der parlamentarischen und der freien, das heisst kapitalistischen Wirtschaft, die sich auf Fundamentalopposition festlegen, sind nur unter quälender Selbstverleugnung für beide Seiten als Regierungsverbündete zu gewinnen. Von den rechnerischen Zwei-Parteien-Koalitionen, die die vier im Bundestag vertretenen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne) eingehen können, sind gegenwärtig nur wenige praktikabel. Eine Zusammenarbeit der Union mit den Grünen steht ausser Betracht. Eine Rückkehr zur SPD würde die FDP nicht überstehen. Und die gefürchtete oder herbeigesehnte Rot-Grüne Koalition scheitert vorerst an den Fundamentalisten unter den Grünen (Bahro: «Der Unterschied zwischen Koalition und Tolerierung ist der zwischen offener und verschämter Zusammenarbeit *mit der Macht*», womit das Böse an sich und der Verrat an der Idee bezeichnet wird). Eine Grosse Koalition aber wird ausser für den Fall eines nationalen Notstandes von der SPD als unerwünscht angesehen – insbesondere im Hinblick auf den Stimmengewinn, der den Grünen zuwachsen würde,

wenn sie als einzige oder wichtigste Oppositionspartei sich darstellen würden.

Schwierig, jedenfalls schwieriger als gewohnt, gestaltet sich also wegen der bestehenden Differenzen die Zusammenarbeit der Parteien. Als schwierig erweist sich parallel dazu auch die innere Willensbildung in den Parteien sowie in der Regierungskoalition. Die Zusammenarbeit der drei Parteichefs von CDU, CSU und FDP stösst sich häufig an unerwarteten Hindernissen. Helmut Kohl, den ein freundschaftliches Verhältnis zu Genscher verbindet, hatte bei den Koalitionsabsprachen geglaubt, Strauss in das Bündnis fest eingemauert zu haben; inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, dass sich Strauss auch mit Genscher gegen Kohl verständigt: so vor Weihnachten bei der von Kohl und insbesondere von den CDU-Sozialausschüssen angestrebten Ersatzlösung für die vom Bundesverfassungsgericht verbotene Zwangsanleihe (Investitionshilfeabgabe), auf die nach wochenlangem Tauziehen schliesslich endgültig verzichtet wurde. Der Kanzler sieht sich gezwungen, innerhalb der Koalition gleichsam mit wechselnden Mehrheiten zu regieren.

Die vielfach unvereinbaren Gegensätze in den anderen Parteien sind schlimmer und machen ihnen eine klare Kursbestimmung vollends unmöglich. In der SPD bekämpfen sich Rechte und Linke, Nato-Freunde und Nato-Gegner, Ökonomen und Ökologen (Schmidt, Apel, Rau, Loewenthal kontra Lafontaine, Bahr, Eppler, Duve). Die Widersprüche in der grünen Partei zwischen denen, die ihre Ziele durch konstruktive Mitarbeit, auch in den Regierungen, erreichen

wollen und den Verelendungstheoretikern, die das «System» abwirtschaften lassen wollen, um danach «eine neue Republik» zu begründen, werden vorerst nur ausgeklammert. Die FDP hat ihre Gegensätze schon nach der «Wende» auf ihrem Berliner Parteitag ausgetragen.

CDU-Affären und -Erfolge

Wenn man schliesslich die Einschätzung der einzelnen Parteien in der Öffentlichkeit betrachtet, so steht die Union, obwohl als Regierungspartei dem normalen Verschleiss unterworfen, doch besser da als die anderen. Das will angesichts der zahllosen Pannen, Affären, Skandale und gescheiterten Initiativen viel heissen. Im Jahre 1984 folgte Schlag auf Schlag: Verdächtigung, Entlassung, Wiedereinstellung, Verabschiedung des ranghöchsten deutschen Offiziers, General Kiessling bei gleichzeitigem Festhalten an dem angeschlagenen Verteidigungsminister Wörner; die überraschenden Eigeninitiativen und Querschüsse von Strauss; das vom Bundestag beschlossene und wieder rückgängig gemachte Gesetz zur Amnestierung von Steuersündern in der Parteispenden- und Flick-Untersuchung, in die dann hohe Amtsträger bis hin zum Bundestagspräsidenten verwickelt wurden. In den Augen der Bürger trübte sich das Bild des Politikers spürbar; die offenkundig selbstgerechten und oft unaufrichtigen Attacken und «Selbstreinigungs»-forderungen mancher Presseorgane verschlimmerten nur die Entwicklung; das Hin und Her um die Betriebsgenehmigung für das Kernkraftwerk

Buschhaus; die missglückten Versuche einer neuen Ostpolitik, die sich mit den Absagen von Honecker und Shirkov in Bonn und Genscher in Warschau saldierten. Trotz aller dieser Misshelligkeiten, die innerparteiliche Gerüchte einer allerdings mitten in der Legislaturperiode immer gefährlichen Kanzlerablösung im Falle schlechter Wahlergebnisse im Frühjahr auslösten, kann die Regierung Kohl mit Recht auf beträchtliche Erfolge hinweisen. Mit der Wirtschaft ist es aufwärts gegangen, Produktion und Investitionen steigen, der Aussenhandel schlägt – nicht zuletzt wegen der Dollar-Hausse – immer neue Rekorde, die Inflation ist auf einen weltweit beneideten Tiefstand gesunken, die Währung ist stabil, die Staatsschulden verringern sich, die Gesundung der Finanzen schreitet fort, die immer noch besorgniserregende Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber der Ära Schmidt zumindest nicht verschlimmert. Der Konsum steigt, wenn auch mässig. Die Bürger sind zufrieden, bei Umfragen schneidet die CDU mit 47 Prozent gut ab – wenn man die neuen Armen, die Dauerarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger ausnimmt, die sich mit geringeren Sozialleistungen zufriedengeben müssen. Doch das soziale Netz ist weiterhin fest geknüpft.

SPD ohne Führung, ohne Konzept

Das wichtigste Atout für Kohl und die Union aber bildet der Zustand der SPD, die trotz gelegentlichen hoffnungsvollen Atemholens sich doch nicht als ernsthafte Regierungsalternative für 1987 präsentiert. Zwar ist

der ehemalige Bundeskanzler Schmidt zwei Jahre nach seiner Abwahl immer noch der beliebteste Politiker, weit vor Kohl, Vogel, Strauss, Brandt. Ähnlich wie Mitterrands bisher glückloser, allerdings als Minister amtierender Rivale, Rocard, der der bei weitem beliebteste Politiker in Frankreich ist. Derlei demoskopische Rekorde aber haben für den politischen Alltag im Leben der Parteien nur begrenzte Bedeutung. Der Fraktionsführer Jochen Vogel ist seit Ollenhauers Zeiten der wohl am wenigsten mitreissende SPD-Führer. Willy Brandt, der unangefochtene Chef, Integrator und Versöhner, der es verhindert, dass die bestehenden Meinungsgegensätze zu dem entarten, was man gemeinhin als Richtungskämpfe bezeichnet, die er vielmehr als «Doppelstrategie» deutet, ist doch gleichsam entrückt, bereits ein Denkmal seiner selbst geworden, ein Mann der sechziger und siebziger Jahre, von dem nicht mehr die Formulierung der neuen Themen der Partei für die achtziger und neunziger Jahre erwartet wird. Der Vorsitzende beschäftigt sich mehr mit seinen ausserpolitischen Lieblingsideen – Nord-Süd-Dialog, Dritte Welt, Ostpolitik – als mit der Lage der Partei in der Opposition, in den Parlamenten oder an der Basis, auch wenn er die Rückgewinnung der Macht von unten, von den vielfach verlorenen Städten und Gemeinden her, seiner Partei zur Aufgabe gemacht hat. Ein neuer Wehner, der die Partei mit einem gewaltigen Anstoss auf ein neues Gleis rückt und in Schwung bringt, ist nicht erkennbar. Von der Fortschreibung des Godesberger Programms werden vielfach eher vergangenheits- als zukunftsorientierte Impulse erwartet.

Die Partei weiss nicht mehr, wo sie die Mehrheit ihrer Wähler hat, auf die ihr Programm zentriert sein muss und um die sie neue Schichten erschliessen soll: In der zahlenmässig schrumpfenden traditionellen Wählerschaft der Industriearbeiter; bei den Aufsteigern der Mittelschichten; bei Minderheiten aus verschiedenen, oft gegensätzlichen gesellschaftlichen Milieus. Die langfristige soziale Umschichtung macht sich auch bei einer so alten und stabilen Partei bemerkbar und erschwert der Parteiführung, einen klaren Kurs zu steuern. Auch bei der SPD stellt sich also die Identitätsfrage. Die Jugend, der sich die Partei seit jeher und besonders unter ihrem jetzigen Vorsitzenden verbunden und verpflichtet weiss, verschliesst sich ihr teilweise, vor allem seit die Grünen sich als attraktive Protest-Alternative präsentieren. Erstmals in ihrer Geschichte muss die SPD (seit 1980) bei den jüngeren Wählerschichten von 18 bis 35 Jahren mit unterdurchschnittlichen Wähleranteilen rechnen. Brandts Hoffnung, er könne gegenüber den Grünen nach dem gleichen Umarmungsrezept verfahren, mit dem er bei den gleichen Jahrgängen zur Zeit der Studentenrebellion Erfolg hatte, haben sich bisher nicht erfüllt. Er setzt jedoch auch nach dem bisherigen Scheitern des rot-grünen Bündnisses in Hessen weiter auf eine «Mehrheit diesseits der Union». Wohl sind strukturelle Ähnlichkeiten zwischen den beiden Bewegungen des Jugendprotests vor 15 Jahren und heute unverkennbar, aber die SPD hatte damals gerade mit zündenden Programm-Parolen («Mehr Demokratie wagen») erstmals seit Gründung der Republik die Regierungsverant-

wortung übernommen, Brandt war Kanzler und die internationale Situation deutschen Initiativen nach Osten hin günstig. Diese Ausgangslage besteht nicht mehr. Eine Jugend, die den Begriff «Schmidtisierung» als Schimpfwort gebraucht, lässt sich auch durch einige Auftritte Willy Brandts bei Friedensdemonstrationen nicht leicht zurückgewinnen. Und wenn die Wehrexperthen der SPD die Bundeswehr auf «strukturelle Nichtangriffsfähigkeit» hin zu entwickeln fordern, so trägt nicht nur dieser konfuse Begriff dazu bei, die Glaubwürdigkeit der Partei herabzusetzen; die Forderung selbst ist eine Beleidigung für die sozialdemokratischen Verteidigungsminister Leber, Schmidt, Apel, deren Amtsführung und Absicht schliesslich nicht darin bestanden hat, die Bundeswehr zu einer Angriffsarmee zu machen.

Die alten Atouts der SPD, die Ost- und Deutschlandpolitik sind im Ergebnis von der jetzigen Regierung übernommen worden. Die SPD beschränkt sich darauf, vergangene Schlachten wieder zu gewinnen. Exaltierte Attacken Wischniewskis gegen Kohls Ostpolitik, weil er bisher fünfmal nach Washington und nur zweimal nach Moskau gereist sei, sind Ausdruck dieser Verlegenheit.

Der innere Zustand der FDP ist, soweit von aussen erkennbar, nicht so schlecht wie gemeinhin diagnostiziert wird – ebenso wie der der Grünen nicht so gut ist, wie die tendenziell stets zur Übertreibung neigenden Medien es darstellen. Niemand kann heute voraussagen, ob die Liberalen in den nächsten Wahlen die Fünf-Prozent-Barriere nehmen oder ob sie im Fall neuer Rückschläge in eine dann

wirklich dramatische Existenzkrise geraten. Die personelle Situation ist bedrängend: Rücktritte Lambsdorffs aus der Regierung, die gutenteils auf sein Betreiben zustande gekommen ist; Genschers als Parteivorsitzender; Ausscheiden des als Kronprinz anvisierten stellvertretenden Vorsitzenden Morlock; des schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Zywiets und des Bundestagsvizepräsidenten Wurbs. Aber die Richtungsdiskussionen zwischen Wirtschafts- und Sozialliberalen scheinen vorerst ausgestanden zu sein. Natürlich gilt das oft vorgebrachte Argument weiter, dass im 20. Jahrhundert fast alle Parteien liberal sind und für den politischen Liberalismus darum wenig Platz bleibt, vielleicht auch Biedenkopfs taktisch bedingte Überlegung, die FDP habe gegenüber den Sozialdemokraten als bürgerlich-liberales Kollektiv eine unentbehrliche Rolle gespielt; das gelte aber nicht mehr gegenüber der Union, die selbst bürgerlich-liberal sei. Aber mit Genscher, der Aussenminister bleibt, und dem neuen Wirtschaftsminister Bangemann, als künftiger Vorsitzender, verfügt die FDP über zwei gewichtige Politiker als Aktivposten. Zuversicht zeigen die Jungliberalen, und alle bauen auf das mehrfach bestätigte Syndrom, dass die Wähler bei allem, was sie der FDP am Zeug zu flicken haben, im kritischen Moment doch ihre Fortexistenz für unentbehrlich halten.

Sympathie für die Grünen

Die Grünen reiten schliesslich auf ihrem nicht vorausgesehenen Erfolgs-

boom. Sie geniessen auch bei Gegnern einen gewissen Sympathie-Vorschuss, weil sie als erste die Umweltgefährdung thematisiert und in die Politik eingeführt haben, ausserdem wegen ihrer originellen und unkonventionellen Auftritte (Rotation, Frauenriege); sie beeindrucken die jugendlichen Wähler mit ihrem Protestverhalten gegen die «erstarrten» etablierten Parteien, ihrem Radikalismus und ihren, die Gesamtpolitik ignorierenden Single-Issue-Kampagnen. Das Schicksal der neuen Partei hängt gegenwärtig noch daran, wer sich in der Partei durchsetzt, die «Realos» oder die «Fundis». Sollte sich die grüne Wählerschaft weiter konsolidieren, so spricht einiges dafür, dass die Berufspolitiker die Oberhand gewinnen. Die Macht und die damit verbundenen Vorrechte schmecken ihnen wie allen anderen. Ihre Fähigkeit, auch in den eigenen Reihen taktische Kompromisse durchzusetzen, und die «Basis» auszutricksen, nimmt mit der rapide fortschreitenden Professionalisierung zu. Das hat die nahezu perfekte Regie der Hamburger Bundesversammlung im Dezember 1984 deutlich gemacht. Den Radikalen ist es trotz ihrer vehementen Emotionen und brillanten Rhetorik nicht gelungen, die Versammlung auf ihre Linie zu bringen. Die Taktiker vermochten die Schlüsselentscheidung – Kooperation mit der SPD oder Radikal-Opposition – für die Bundestagswahl zu verschieben, für die Landtagswahlen den Verbänden zu überlassen; sie setzen damit auf eine Ermüdung der Basis, deren Durchhaltevermögen, gute Laune und Einfallsreichtum im ausserpolitischen Bereich freilich nicht unterschätzt werden sollte.

Minderheitsregierungen

Bei dieser Unsicherheit der inneren Lage der Parteien sowie ihrer Fähigkeit, miteinander zu kooperieren, muss mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass sich auch anderswo hessische Zustände ergeben, dass also Minderheitsregierungen notwendig werden, weil regierungsfähige Mehrheiten sich nicht bilden lassen. Absolute Mehrheiten, die den Reiz des Personalwahlrechts ausmachen, sind in einem Mehrparteienstaat selten. Erfolge wie der des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau 1980 sind Glücksfälle: damals verfehlte die FDP mit 4,9 Prozent der Stimmen den Einzug in den Landtag, die Grünen kamen nur auf 3 Prozent. Der SPD wird solch ein Ergebnis schwerlich noch einmal beschieden sein. Koalitionen aber werden schwierig oder unmöglich, wenn einzelne Parteien durch vorherige Koalitionsaussagen (FDP in Düsseldorf wie in Bonn: mit der CDU) oder durch unerfüllbare Bedingungen (Grüne: Abschaltung aller Atomkraftwerke, Nichtzulassung privater Rundfunksender usw.) nicht mehr offen sind.

Auch in Berlin dürfte die CDU mit Bürgermeister Diepgen zwar stärkste Partei werden, aber keine absolute Mehrheit erhalten. Wenn der FDP der Sprung über die 5 Prozent nicht glückt, würde eine Minderheitsregierung wahrscheinlich, die von der SPD toleriert würde und vielleicht nach einiger Zeit zu einer Grossen Koalition führt. Aber Berlin ist traditionell ein Sonderfall. Minderheitsregierungen haben es schwer. Günstigenfalls wird eine feste Zusammenarbeit in Form der Tolerierung durch eine an-

dere Partei vereinbart, wenn diese aus grundsätzlichen Bedenken und um ihrer Wählerschaft willen Verantwortung an Seiten der Regierungspartei nicht tragen, aber diese doch regieren lassen will.

Im ungünstigen Fall muss eine Minderheitsregierung wechselnde Mehrheiten suchen. Eine SPD-Minderheitsregierung würde zum Beispiel versuchen, in der Rechtspolitik mit der FDP, in Wirtschaftsfragen mit den CDU-Sozialausschüssen, in der Umweltpolitik mit den Grünen zusammenzuarbeiten. Das bringt aber Unklarheiten und setzt die Regierung der Erpressung aus. Die Parteien schließen verdeckte Gegengeschäfte hinter den Kulissen.

Die Deutschen misstrauen schwachen Regierungen und neigen dazu, sie moralisch zu disqualifizieren. Von Fall zu Fall, mal mit der einen, mal mit der anderen Partei kooperieren – das ist fast so wie im Privatleben von Abend zu Abend sich mit wechselnden Partnern einlassen. Schwache Regierungen sind nichts Ungewöhnliches,

ob infolge Minderheitsstatus, wie oft in Skandinavien, oder, wie immer in Italien, weil die vielen Parteien sich nur für kurze Frist auf ein gemeinsames Programm einigen können und alsbald in die nächste Regierungskrise steuern. Unter diesen Bedingungen wird eher verwaltet als regiert. Größer angelegte politische Projekte lassen sich nur schwer in Angriff nehmen. Die Politiker laufen damit Gefahr, dass ihnen die Entscheidungen von der Bürokratie aus der Hand genommen werden. In der dritten und vierten Französischen Republik waren die Ministerialen die entscheidende Kraft und hatten die Politik stillschweigend usurpiert. Die Politiker kämpften im Ämterkarussell hauptsächlich um Erhaltung ihrer Regierungssessel. Ihr wichtigstes Ziel besteht dann darin, günstige Termine für Neuwahlen auszumachen, die stabilere Regierungen ermöglichen.

Sollten unstetere Zeiten auf die Bundesrepublik zukommen, so ist zu hoffen, dass die Deutschen dabei Gelassenheit beweisen.

Peter Coulmas

Avantgarde

Gedanken nach drei Ausstellungen in Basel, Bern und Zürich

Was sich ins Bleiben verschliesst,
schon ist's das Erstarre. *Rilke*
XII. Sonett an Orpheus

Noch anderthalb Dezennien trennen uns von der Jahrtausendwende. Merkwürdigerweise fragen wir uns, ob nun eine Epoche zu Ende gehe, als ob

Kunst- oder Kulturepochen mit Hundertjahresabläufen einen Zusammenhang hätten. Ziemlich genau vor hundert Jahren wurde das Schlagwort

«*fin de siècle*» geprägt. Wir verbinden noch heute damit, was schon damals gemeint war, nämlich: Müdigkeit, Dekadenz, Pessimismus, Verfeinerung, Hochschätzung alles Artifiziiellen. Für unsere Zeit fehlt bis jetzt eine entsprechende allgemeine Formulierung. Wir befinden uns in einem Gewirr von Fragen und in einem ebenso grossen Gewirr von Antworten.

Wo stehen wir heute? In der grossen Basler Sommerausstellung «*Die Plastik im 20. Jahrhundert*» wäre vielleicht das Schlüsselwort für das letzte Jahrhundertdrittel zu finden gewesen, denn die Mehrzahl der Exponate vertraten aktuelle Tendenzen. Mit der Frage nach dem heutigen Standpunkt wird sinnvollerweise jene nach der Herkunft gekoppelt. Zwei beziehungsweise drei Winterausstellungen bieten die Basis für unsere Überlegungen. Das *Berner Kunstmuseum* zeigt das *Frühwerk von Pablo Picasso* und eine Auswahl früher und späterer Werke von *Paul Klee*. Im *Kunsthaus Zürich* ist das Gesamtœuvre von *Pierre Bonnard* präsentiert. Als Repräsentanten der neuesten Strömungen in der Basler Schau erwähne ich *Joseph Beuys*. Beuys ist eine Extremfigur; seine Arbeiten erreichen oder überschreiten die Grenze dessen, was als Kunst bezeichnet wird. In den drei Ausstellungen, noch eindrücklicher in den vier Namen manifestiert sich die Spannweite künstlerischer Möglichkeiten vom Anfang bis zum Ende des Jahrhunderts. Die annähernde Gleichzeitigkeit der Veranstaltungen innerhalb von zehn Monaten veranlasst mich, sie nach bestimmten Kriterien im Zusammenhang zu betrachten.

Zu Herkunft und Standort hat Umberto Eco 1983 in der Nachschrift

zum «*Namen der Rose*» folgendes geäussert: «*Die sogenannte ‚historische‘ Avantgarde will mit der Vergangenheit abrechnen, sie erledigen.*» ‚Nieder mit dem Mondschein!‘, die Kampfpapole der Futuristen, ist ein typisches Programm jeder Avantgarde, man muss nur etwas Passendes an die Stelle des Mondscheins setzen. Die Avantgarde zerstört, entstellt die Vergangenheit: Picassos ‚*Demoiselles d’Avignon*‘ sind die typische Auftrittsgestalt der Avantgarde; dann geht die Avantgarde weiter, zerstört die Figur, annulliert sie, gelangt zum Abstrakten, zum Informellen, zur weissen Leinwand, zur zerrissenen Leinwand, zur verbrannten Leinwand.» Historische Avantgarde ist im Rahmen dieses Aufsatzes mit den Namen Klee, Picasso und Bonnard; die Destruktion der Leinwand mit dem Namen Beuys verbunden. Beuys hatte im Merian-Park, genauer: im ehemaligen Weinkeller des Pächterhauses einen «*Thermisch-plastischen Urmeter*» installiert. Die Einrichtung bestand aus einem tiefen Schacht parallel zur Aussenseite der Kellermauer. Auf dem Schachtboden befand sich ein Kasten, darin steckte ein Kupferrohr, welches durch ein eigens dafür gebohrtes Mauerloch in den gewölbten, leeren Kellerraum führte. Aus dem Rohr strömte spärlicher Wasserdampf. Heute ist der Schacht vermutlich wieder zugeschüttet, das Loch wieder zugemauert, Rohr und andere Einrichtungsgegenstände im Magazin gelagert. Das Wort «*Kunstwerk*» im gewohnten Sinn passt nicht mehr. Es war eine temporäre Installation mit dem Zweck, den Betrachter über irgendetwas zu informieren. Der «*Thermisch-plastische Urmeter*» kann nur als Grenzsituation

der Kunst oder sogar als Antikunst verstanden werden. Von diesem Standpunkt der «*verbrannten Leinwand*» wenden wir uns den ersten Dezennien unseres Jahrhunderts zu.

In den Werken von Klee, Picasso und Bonnard zeigen sich Grundtendenzen, die in gleicher und in vielfach variiertes Weise auch im Schaffen ihrer Zeitgenossen und Nachfahren zu erkennen sind. Allgemein gilt: Der Sinn einer abbildmässigen Darstellung der Wirklichkeit wird bezweifelt oder überhaupt negiert. Klee formulierte in einem Vortrag: «*Der Künstler misst den natürlichen Erscheinungsformen nicht zwingende Bedeutung bei. Er fühlt sich an diese Realitäten nicht so sehr gebunden, weil er an diesen Form-Enden nicht das Wesen des natürlichen Schöpfungsprozesses sieht. Denn ihm liegt viel mehr an den formenden Kräften als an den Form-Enden.*» Die «*formenden Kräfte*» – sie sind nicht unmittelbar sichtbar, sie werden es erst in der künstlerischen Gestaltung. Formende Kräfte erzeugen Konstellationen, die in sich den Keim für weitere Kombinationen tragen. – Endlose Wandlung. – Jede äussere Bewegung hat ihren Grund in einem inneren Bewegen. Umberto Eco als Italiener assoziiert zu Avantgarde «*Futurismus*». Das Thema der Futuristen war nichts anderes, als einen Bewegungsablauf, der ebenfalls ein Zeitablauf ist, darzustellen. Sie suggerierten Bewegung in einer Folge von minimalen Positionsänderungen einer oder mehrerer Figuren. Klee hingegen ging es nicht primär darum, einen Ablauf zu zerlegen, er suchte die Rhythmisierung von Form- und Linienkonstellationen in einer labilen Balance. Wenn er vom «*natürlichen*

Schöpfungsprozess» redet, meint er eine innere Bewegung, eine Energie, die den belebten und den unbelebten Gestaltformen eignet und die zwar allgemein sinnlich wahrnehmbar, doch nicht zu definieren ist. Die Kleesche Gebärde heisst: Hineinfühlen, Hineinhorchen in sich selbst und in die Umwelt. Introversion, die nicht allein die eigene Person betrifft, sondern die zugehörige Lebenswirklichkeit mitumfasst. In der Berner Klee-Ausstellung wird diese besondere Art, sich ins Innere zu wenden, demonstriert. Es gibt eine Reihe früher Kinderzeichnungen. Als Beispiel: Der Familienspaziergang, ein gewöhnliches Kindheitserlebnis, ein gewohntes Zeichnungssujet. Als längst die Kindheit vorbei ist, erwacht die Erinnerung an eine Summe jener Spaziergänge, sie werden wieder zu lebendiger innerer Gegenwart und zeigen sich jetzt im Kunstwerk des Erwachsenen. Das bewegende Kindheitserlebnis ist derart intensiv gestaltet, dass es dem Betrachter möglich ist, im verwandten Formrhythmus den über Jahre hindurch gleichgebliebenen Pulsschlag wahrzunehmen.

Klees Bildgegenstände entwickeln ihre Erscheinungsform aus ihrer eigenen Energie heraus. Die innere Wirklichkeit erhält stets das Primat über die äussere. Der Künstler schreibt: «*Früher schilderte man Dinge, die auf der Erde zu sehen waren, die man gern sah oder gern gesehen hätte. Jetzt wird die Relativität der sichtbaren Dinge offenbar gemacht und dabei dem Glauben Ausdruck verliehen, dass das Sichtbare im Verhältnis zum Weltganzen nur isoliertes Beispiel ist und dass andere Wahrheiten latent in der Überzahl sind.*» Könnte

das Zitat auch von dem zwei Jahre jüngeren Picasso stammen? Nein. Picasso braucht die sichtbare Wirklichkeit, sie ist sein Kampffeld, seine Arena. *«In der Malerei geht es darum, die Macht an sich zu reißen, die Macht zu übernehmen von der Natur und nicht von ihr zu erwarten, dass sie dir Auskunft und gute Ratschläge erteilt»*, so äussert sich Picasso. Wenn bei Klee das Stichwort *«Introversion»* fällt, so fällt hier sein Gegenteil *«Extraversion»*. Umberto Eco zitiert die *«Demoiselles d'Avignon»* als *«typische Auftrittsgebärde der Avantgarde»*. Das Bild (in Bern nicht ausgestellt) markiert das Ende von Picassos Frühzeit und den Anfang einer neuen Phase. In der Kunstgeschichte gelten die *«Demoiselles d'Avignon»* als erstes kubistisches Werk.

Die kubistische Sehweise ist die Synthese verschiedener Perspektiven. Das Auge nimmt jeden Gegenstand in seiner plastisch-räumlichen Ausdehnung wahr. Der kubistische Blick wandert gleichsam um das Objekt herum, registriert die wechselnden Ansichten und suggeriert auf der Leinwand eine Koexistenz mehrerer Standpunkte. – Die Intention ist, sich der Realität von allen Seiten zu bemächtigen. Macht bekommen über *«die Dinge, die auf der Erde sind»*. – Wie zeigt sich dieses Machtstreben (das Wort ist hier frei vom üblichen Beigeschmack) in Picassos Frühwerk? Von Picasso gibt's, nach seiner eignen Aussage, keine Kinderzeichnungen. Picasso und Klee, beide zeichnen und malen von klein auf, aber ihre Haltung der Umwelt gegenüber ist grundsätzlich verschieden. Lapidar ausgedrückt: Klee fühlt sich in die Dinge hinein. Picasso setzt sich mit ihnen

auseinander. Zur Lebenswirklichkeit des jungen Picasso gehören die Meister der spanischen Tradition. Sie fordern ihn heraus, er versucht, sich mit ihnen zu messen. Der Fünfzehnjährige kopiert Velasquez, Greco, Goya; er will ihre Malweise beherrschen, genau so wie er sich später den freien Schwung von Toulouse Lautrecs Pinselzug aneignen will. Der junge Picasso zerstört nicht und entstellt nicht die Vergangenheit, kopierend sucht er sich ihrer zu bemächtigen. Aus der Beherrschung der alten Formen entwickelt er die neue Formensprache. Die *«Demoiselles d'Avignon»* seien eine Entstellung, wird gesagt; ich meine, sie sind ein Zeichen für die gewonnene Freiheit in der Wirklichkeitsdarstellung.

Nicht Picasso allein, der damaligen Avantgarde insgesamt ging es um eine neue Bildlogik. Aus introvertierter und aus extravertierter Grundhaltung werden neue Aspekte der Wirklichkeit entdeckt. Die Exponenten Picasso und Klee erschliessen Gestaltungsmöglichkeiten, die jahrzehntelang ergiebig sind. Grob vereinfachend wäre vorzuschlagen: Konstruktivismus. Konkrete Kunst, op art entwickeln sich auf der Basis des Kubismus. *Tachismus, action painting, Informel* sind eine direkte Sichtbarmachung der Kleeschen *«formenden Kräfte»*.

«Jetzt wird die Relativität der Dinge sichtbar gemacht.» Der Satz aus Klees Zitat gilt auch für Bonnard's Schaffen; denn mit Nachimpressionismus oder mit dem vagen Begriff Peinture ist die Besonderheit seiner Malerei nicht gekennzeichnet. Bonnard hat gesagt, er versuche in seinen Bildern das zu zeigen, *«was man mit einmal sieht, wenn man unversehens einen Raum*

betritt». – Ein Gesamteindruck: optische, akustische, olfaktorische Reize mischen sich. Alle Sinne werden betroffen. – Bonnard's Intérieurs und Landschaften sind visuelle Erlebnisse, die mitbestimmt sind von mehrsinnigen Empfindungen. Die Bonnard'sche Gegenständlichkeit ist ein Indiz für Inhalte, die niemals abbildmässig ausgedrückt werden können. – «Das Sichtbare ist nur ein isoliertes Beispiel für andere Wahrheiten, die latent in der Überzahl sind.» – Klee sucht die andern Wahrheiten auf dem Weg der Introversion. Bonnard sucht die andern Wahrheiten in der höchst möglichen Steigerung der Sensualität. Dem Zauber seiner Farben, seines Lichtes können wir uns nicht entziehen; die gleitenden Formen ziehen uns ins Bild hinein. Licht, Farbe und Formrhythmus verwandeln die gegenständliche und figurative Welt in einen Gesamtklang. Die sichtbaren Dinge sind gleich jenen, von denen es in Baudelaires Gedicht «Correspondances» heisst: «elles laissent parfois sortir de confuses paroles / ... les parfums, les couleurs et les sons se répondent / ... ayant l'expansion des choses infinies / ... qui chantent les transports de l'esprit et des sens».

In Gerüchen, Farben und Klängen nimmt Bonnard die Natur, die Wirklichkeit wahr und transformiert sie in eine Bildwirklichkeit. Ich erinnere an die «Promenade en mer», da mag der Betrachter die frische salzige Brise spüren, das Rauschen der Wellen vernennen. Doch im wesentlichen geht es nicht um die Auffächerung der mannigfachen Sinneswahrnehmungen, sondern um ihre Korrespondenz. «Promenade en mer» – in Gedanken an Baudelaire stimmt auch «Invitation

au voyage». «Promenade» erweckt das Gefühl der Nähe, «voyage» evokiert Ferne. Der ferne Meereshorizont wird durch die grosse helle Segelfläche gebrochen, es entsteht quasi ein zweiter, ein naher Horizont. Der unendliche Raum wird zum menschlichen Raum. Im Schiffsbug, im noch einmal verengten Raum, sitzen drei Figuren. In Haltung und Ausdruck, in ihrer Dimension verkörpert sich die Idee von der Weite des Meeres. Ferne und Nähe erscheinen ungeschieden in einem Bild. Menschliche Figur, Himmel, Segel und Meer korrespondieren in den Farbpaaren blau und orange, olive und rosa, in Farben und Formen «qui chantent les transports de l'esprit et des sens». Im Zusammenklang der Formen und Farben manifestiert sich die innere Schau der erfüllten Wirklichkeit¹.

Wir können vor Bonnard's Œuvre weder von Zerstörung noch von radikaler Umgestaltung sprechen. Bonnard kennt nicht die Machtgebärde und nicht die Visionen, die der Aussenwelt kaum mehr oder nur als ironisches Echo bedürfen. Seine Bildgedanken sind mit der dinghaften Realität behaftete Reminiszenzen; sie gehen eine nicht zu definierende Verbindung ein mit jenen andern Wahrheiten, die latent in der Überzahl sind. Weder Brechung der Realität im Sinne Picassos noch ihre Ironisierung im Sinne Klees, sondern poetische Verwandlung. Auch Bonnard negiert den Sinn einer abbildmässigen Wirklichkeitsdarstellung. Auch sein Werk zeigt die Koexistenz verschiedener Perspektiven. Es fehlen die festen Blickpunkte. Die Sicht auf das Objekt ist frei beweglich. Innenräume und Aussenbereiche erscheinen wechselnd in Auf-

sicht, Untersicht, Nahsicht, Fernsicht. Einziges Gestaltungsziel ist die Bildlogik. Die «*vision mobile et variable*», das ist Bonnards Formulierung, sie gilt ihm als Wahlspruch.

Die «*vision mobile et variable*» ist der Impuls, der seit Beginn des Jahrhunderts jede künstlerische Manifestation hervorbringt und weitertreibt. Die Realität wird als etwas Veränderliches und Veränderbares begriffen. Unablässige Bewegung. Die verändernden, die «*formenden Kräfte*» sind das Thema der Epoche. Metamorphosen, Verwandlungen in der Zeit, sollen dargestellt werden. Die Futuristen zeigen die Abfolge, die einzelnen Stadien der Transformation. Die Kubisten vereinigen die verschiedenen Gesichtspunkte zur bildmässigen, durchrhythmisierten Ordnung. Der Künstler des 20. Jahrhunderts erlebt die Wirklichkeit als fortwährende Formveränderung; daher rührt die kaum überschaubare Vielfalt der Stile. Spätere Jahrhunderte werden in der Rückschau diesen Pluralismus vereinfachen. Heute, wenn wir uns mitten im zweitletzten Dezennium die fortwährende Formveränderung vor Augen führen wollen, denken wir an die Mobiles von Calder und an Tinguely, an seine elektrisch oder sonstwie betriebenen, Klang oder Geräusch produzierenden Maschinen. Die Ansichten jedes beweglichen Gebildes sind variabel, der Zeitablauf ist sichtbar und hörbar. Die «*vision mobile et variable*» hat sich verdinglicht, ist anschaulich. Calder und Tinguely sind Bildhauer unserer Zeit, wir vermögen sie im allgemeinen Zusammenhang mit andern, eigentlich schon historisch zu nennenden Richtungen zu sehen. Wir sind aber auch Zeitgenos-

sen von Joseph Beuys. Der «*Plastisch-thermische Urmeter*» von Beuys ist der Ausgangspunkt unserer Überlegungen.

Mit Beuys setzt die Nachkriegs-avantgarde ein. Frage: Sind die Kernworte, die seit der «*historischen*» Avantgarde, seit der ersten Jahrhunderthälfte gültig sind, noch immer anwendbar? Sie heissen: variable Perspektiven im Bereich des Gegenständlichen; Darstellung der Bewegung; Erkunden der Innenwelt, die an keinen Gegenstand gebunden ist und sich in Symbolen oder freien Formen ausdrücken lässt; Formgebilde, die ohne Realitätsbezug dem Spiel der Assoziationen freien Raum gewähren; Formkompositionen, die wie die Musik nicht eines sagbaren Inhaltes bedürfen. Das Gedankenfeld um diese Kernworte ist der Hintergrund, vor dem wir den «*Plastisch-thermischen Urmeter*» betrachten. Wir werden zu mehreren Standpunkten gezwungen. Das einheitliche Blickfeld fehlt, es wird auch keines suggeriert, denn wir können nicht zugleich im Freien und im Keller sein. Aus der Röhre entweichen unablässig sich verändernde Dampfwolken. Sie verflüchtigen sich, noch eh sie das Gewölbe erreichen. Wasserdampf im kühlen Keller. Sollen wir uns des Gegensatzes von Kalt und Warm bewusst werden? Sollen wir am verdampfenden Wasser die Veränderungen der Materie begreifen? Sollen wir den Unterschied zwischen dem geschlossenen Innenraum und dem unbegrenzten Aussenraum schrittweise «*ergehen*» beziehungsweise erleben? Die kubistische Gegenstandszerlegung stellte ähnliche Fragen. Variabilität der Perspektive; Darstellung von Bewegungs- und Zeit-

abläufen; Metamorphose – diese Begriffe scheinen sich zu bewähren; sie dienen jetzt als Einstieg in die Beuysche Vorstellungswelt, in Bereiche, die jenseits der bisherigen ästhetischen Erfahrung liegen.

Zu unseren «alten» ästhetischen Grundlagen gehört wesentlich der Rhythmus. Rhythmus, in dem Farben und Formen aufgehoben sind, Rhythmus, der die Bildelemente in eine Einheit bindet, sie in jenes Korrespondieren leitet im Sinne der Baudelaire'schen «*Correspondances qui chantent les transports de l'esprit et des sens*». Picasso zerlegt Objekt und Figur und rhythmisiert die Teilformen zum Ganzen. Klees Gebilde, der Musik verwandt, sind voller Assoziationen. Bonnard's Farbklänge und Formübergänge verleihen Alltagsräumen eine metaphorische Dimension.

Im Jahre 1965 hat Hans Georg Gadamer geschrieben: «*Es ist etwas Ungeheures geschehen, als sich am Anfang unseres Jahrhunderts die Einheit der inhaltlichen Bilderwartung in eine unfassbare Mannigfaltigkeit zu zerstreuen und zu zersplittern begann.*» Heute, zwanzig Jahre später, da uns die Nachkriegsavantgarde herausfordert, liegt jenes Ungeheure in unserem gewohnten ästhetischen Horizont. Wir sehen Picasso, Klee, Bonnard inner-

halb der Tradition der europäischen Malerei. Nicht ihr Frühwerk allein, sondern das Gesamtwerk ist eine lebendige Weiterführung. Welche der unzähligen, sich avantgardistisch gebärdenden Nachkriegsrichtungen sich an der Jahrtausendwende als «*weisse Leinwand*» erweisen, ist nicht vorauszusagen. Es ist etwas Ungeheures geschehen zu Beginn des Jahrhunderts. Die Auswirkungen sind in den Hauptlinien zu überblicken. Spätestens seit den sechziger Jahren wird aufs neue mit der Vergangenheit abgerechnet; es ist das ungeheure Wort «*Antikunst*» gefallen. Ich will es nicht mit Beuys im besonderen verbinden. Sein Werk kann als unvergleichlich radikaler Traditionsbruch bezeichnet werden, vorausgesetzt, dass Tradition von nun an als eine Folge von radikalen Brüchen verstanden wird. Unser «*fin de siècle*», das Ende des 20. Jahrhunderts stände dann unter der 1969 geprägten Formulierung: «*Wenn Attitüden Form werden.*»

Elise Guignard

¹ Zur Entstehung von «*La Promenade en mer*» siehe Margrit Hahnloser-Ingold: Die Segelpartie – Vom «*Aspect Enchanteur*» zum Bild. In: Bonnard, Ausstellungskatalog, Kunsthau Zürich 1984.